

Deutscher Geist a la Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages zum Ersten

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 29.05.2022

1. Vorgeplänkel

2. Der Wissenschaftliche Dienst und seine Ausarbeitungen

2.1 Die fragwürdige Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk

2.2 Einen kleinen Blick in die seltsam gestaltete Vielfalt der westlichen Demokratie

2.2.1 Großbritannien

2.2.2 Frankreich

2.2.3 Finnland

2.2.4 Schweden

2.2.5 Vatikan

2.3 Versuch des Überblicks

3. Sammelsurium

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

viel wurde in der letzten Zeit in den sozialen Medien, im Mainstream und sonst wo in Bezug auf den Ukraine Konflikt auf den Wissenschaftlichen Dienst (WD) des Bundestages (BT) hingewiesen.

Auch ich habe mich bereits auf diesen Dienst bezogen, der offiziell nur von den Fraktionen des Bundestages angerufen werden kann.

Welch einen Geist hat dieser Dienst in sich? Man mag doch, wenn man unbedarft an dessen Ausarbeitungen herangeht, verneinen, dass dieser einen sehr glaubhaften und kritischen Geist innehat. Umso mehr man aber mit den Sachen vertraut ist, umso fragwürdiger werden die Aussagen des WD, um letztendlich in das ganze Gegenteil zu verfallen, was eigentlich eine wahrhaftige wissenschaftliche Aufarbeitung ans Licht bringen müsste. Sehr gut für die Parteien, denn so brauchen sie sich nicht selbst die Köpfe zu zerbrechen, um den „schönen Schein der Demokratie“ aufrechtzuerhalten.

Ist wieder einmal ganz schön rotzig, was ich hier so von mir lasse. Aber querulant wie ich bin, gehört bei mir nicht nur die Kritik, das Schlechtmachen, einer Sache, sondern auch das Aufzeigen, warum die Sache schlecht ist, dazu. Letztendlich bedarf aber eine *konstruktive Kritik* auch das Aufzeigen wie es denn besser gemacht werden könnte. Und nur in diesem dreifachen Zusammenhang zeigt sich dann die ureigene rotzige Querulanz des Opelt.

Ich habe mir da einmal zwei Dinge, beide erst aus diesem Jahr, also dem 22. Nach der

Jahrtausendwende herausgesucht.

In der einen geht es um die [Anerkennung der ukrainischen Bezirke Donezk und Lugansk als Volksrepubliken durch die Russische Föderation](#).

Und die zweite, wenn denn der Eintritt in einen Krieg vollzogen wäre.

Alle beide Sachen versucht der WD in Hinblick auf das verbindliche Völkerrecht zu klären.

2. Der Wissenschaftliche Dienst und seine Ausarbeitungen

Mit hoher Kompetenz/Zuständigkeit und dazu gehörigem Fachwissen geht der WD des BT an seine Ausarbeitungen heran, geht dabei im Völkerrecht sogar in die Vergangenheit zurück, was unbedingt notwendig ist, um die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde lösen zu können. Wenn man aber die Wurzel nur zweifach löst, kommt man immer noch nicht auf ein richtiges Ergebnis, sondern eher in den geistigen Irrgarten, was letztendlich dazu verhilft, den ganzen Spuk um die BRiD aufrechtzuerhalten.

2.1 Die fragwürdige Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk

Der WD in seiner „Tüchtigkeit“ bezieht sich auf die Resolution „Vereint für Frieden“ V 377 der VN aus dem Jahr 1950, die fordert, die Verhütung und Beseitigung von Angriffshandlungen anzustreben, um die Konflikte mit einer friedlichen Lösung beizulegen. In Bezug auf diese Resolution wurde mit der [Resolution ES 11/1 vom 02.03.2022](#) gegen die Russische Föderation (RF) wegen deren Eingreifen in der Ukraine mit einer entsprechenden Mehrheit von 141 Staaten bei 35 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen die RF wegen ihres angeblich völkerrechtswidrigen Eingriff in den [Ukrainekonflikt verurteilt](#). Ich habe darüber und vor allem den Grund im [Sonntagswort vom 13.03.2022](#) ausgeführt.

Der WD geht weiter und zeigt die Verletzung der staatlichen Souveränität der Ukraine auf und beklagt, dass der russische Präsident Vladimir Putin der Ukraine die Staatlichkeit grundhaft absprechen würde. Im Zuge dessen holt der WD das Schwergewicht, den Staatsrechtler Georg Jellinek (1851-1911) mit seinem Werk [„Allgemeine Staatslehre“](#) in den Ring, der den noch heute gültigen Drei Elemente Satz erstellte. Drei Elemente, auch Säulen genannt, auf denen ein Staat beruht.

Das erste Element das Staatsgebiet, das zweite das Staatsvolk und das dritte Element, die Souveränität oder wie der WD es ebenfalls richtig ausdrückt, eine effektive Staatsgewalt, also eine funktionierende Selbstbestimmung des Staates.

Wollen wir uns in diese Sache doch noch einmal etwas weiter vertiefen, um zu erfahren, worauf die heutige Ukraine ihre von Putin angezweifelte Staatlichkeit stellt.

1917 wurde vom westlichen Ausland der gewaltsame Sturz des Zaren betrieben, der in dessen und

seiner Familie Ermordung ausuferte.

Der Umsturz hat das Russische Reich in einen Bürgerkrieg getrieben, in dem sich die Roten (heutzutage als Linke bezeichnet) und die Weißen (heutzutage als Rechte bezeichnet) gegenüberstanden. In russischer Originalbezeichnung Bolschewiki (Mehrheitler) und Menschewiki (Minderheitler).

Dieser, von außen angestoßene und vor allem finanzierte Umsturz würde seit Inkrafttreten der UN Charta ein verbotenes Einmischen in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten bedeuten, was nach Art.2 Punkt 4 der UN Charta zu unterlassen ist, da alle Staaten in ihrer Souveränität dem Gleichheitssatz (Art. 1 Abs. 2 & Art. 2 Abs. 1) zugrunde liegen.

Jetzt gab es aber 1917 die UN Charta noch nicht. Somit wäre also die Einmischung mit der Antreibung des Umsturzes 1917 noch nicht völkerrechtswidrig, oder vielleicht doch?

Man glaubt gar nicht wie fleißig der WD ist, denn [2008](#) hat er schon eine Ausarbeitung über das Einmischungsverbot in innerer Angelegenheiten erstellt und sich dabei eben auf Art. 2 Punkt 4 der UN Charta bezogen. Der WD hat aber 2008 weiter ausgeführt, dass dieses Einmischungsverbot sich auf den westfälischen Frieden (1648) aufgebaut hat. Somit wäre also auch die Anstiftung zum Umsturz in Russland 1917 bereits völkerrechtswidrig gewesen.

Der Umsturz, der Lenin und mit ihm Stalin dazu befähigte den Staat des Russischen Zarenreiches in unzählige Sowjetrepubliken zu zergliedern, ohne dazu das russische Volk entscheiden zu lassen.

Wollen wir das dahingestellt lassen, obwohl es die Grundlage dazu darstellt, was noch heute in der Ukraine vom Westen getrieben wird. Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Ukraine 1991 von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR/Sowjetunion) lossagte?

Den Weg dafür machte der wieder von außen/Westen angefeuerte Putsch vom 21.8.1991 gegen Gorbatschow frei, auf den dann am 24.8.1991 eine Volksabstimmung in der Ukrainischen Sowjetrepublik zur Unabhängigkeit stattfand und sich diese Abstimmung mit übergroßer Mehrheit für das Loslösen von der Sowjetunion aussprach. .

Ja, was willst du denn noch Opelt, wenn du doch selbst zugibst, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also das verbindliche Völkerrecht, eingehalten wurde?

Nicht ganz so schnell mit den jungen Pferden, denn drei Tage nach dem Putsch das Referendum zur Unabhängigkeit? Das ist nicht möglich, das wurde von langer Hand vorbereitet, also mit 1991 bereits verbotener Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion, ähnlich der Einmischung aus dem Jahr 1917.

Dem noch nicht genug, denn 2014 als der Plan nicht ganz nach dem Willen des mächtigen Westens lief, hat es einen weiteren Putsch gebraucht und zwar diesmal gegen den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, der nicht geradlinig in der vom Westen vorgegebenen Spur bleiben wollte. So kam es dann zu den Verbrechen auf dem Maidan. Seit dem hat die Russische Föderation versucht mit diplomatischen Mitteln zur Befriedung der ganzen Sache beizutragen, denn das Selbstbestimmungsrecht der Völker, hier des ukrainischen, war komplett verletzt, da aus diesem Putsch eine vom USI im ganz speziellen von Leut Nuland aufgebaute Putschregierung hervorging. Wieder einmal hat dafür der Antispiegel mit einer russischen Pressemitteilung eine [Perle](#) auf die Schnur der Wahrheit aufgefädelt.

Auf diese Putschregierung haben alle weiteren Regierungen aufgebaut, was bis zum heutigen Spaßmacher als Präsident führte. Bereits vorher, aber auch seit dem, hat die überwiegend russischstämmige Bevölkerung, wenn man denn diese von der ukrainischen trenne wolle, gegen das

Kiewer Regime gestimmt und wurde deswegen immer wieder mit verschiedenen Mitteln angegriffen. Seit 2014 aber wurde gegen die Bevölkerung von Donezk und Lugansk seitens des Kiewer Putschregimes mit Einsatz von militärischen Gruppierungen mit brutaler militärischer Gewalt vorgegangen, worauf sich dann die Volkswehren gebildet haben und die Gebietschefs eine Abspaltung von der Restukraine angestoßen haben, sich also das Donezker und das Lugansker Gebiet jeweils zu Volksrepubliken erklärten.

Der WD weist in seiner Ausarbeitung auf den Art. 55 UN Charta hin, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker ebenfalls verankert wäre. Jetzt schauen man aber rein in diesen Art. 55.

Ich glaube in dem Art. 55 geht es eher weniger um das Selbstbestimmungsrecht als um die bürgerlich, politisch und kulturellen Rechte, die den Menschen im Donezker und Lugansker Gebiet durch das Kiewer Regime abgesprochen werden. Da ist es von diesen Menschen durchaus berechtigt, sich von dem Regime loszusagen, was von Grund auf der russischen Regierung Kopfschmerzen bereitet hat.

Da es aber nicht möglich war gegen den Widerstand des Westens acht Jahre lang über das Minsker Format Befriedung zu schaffen, war es dem russischen Volk unter der Führung seines Präsidenten nichts anderes übriggeblieben, als diese beiden Bezirke der Ukraine als selbstständige Republiken anzuerkennen. Die RF hat im Zuge dessen durchaus das Funktionieren seiner Streitkräfte auf eine bedrohliche Situation geübt, was vom Westen wiederum als Bedrohung angesehen wurde. Dass der Westen aber mit der Nato Osterweiterung die Bedrohung der RF ständig vergrößert hat, und unmittelbar an den Grenzen der RF mit riesigen Manövern sein geiferndes Raubtiergebiss zeigte, das brauchte der Pöbel im Westen nicht zu wissen und wurde allerhöchstens als Verteidigungssicherung gegen den Feind aus dem Osten ausgegeben. Und siehe da, da ist er wieder, der hitlerfaschistische Drang das Volk unter einem Lügengespinst ruhigzuhalten, um es gen Osten treiben zu können.

Das Kiewer Regime hatte seine Truppenvor Donezk und Lugansk bereits in Stellung gebracht und der RF blieb nichts anderes übrig, als unmittelbar einzugreifen, um das Massenmorden der dortigen Menschen zu unterbinden.

Man beachte, in dem Konflikt kamen seit 2014 über 14000 Menschen ums Leben und zwar nicht durch die Russen und die Volkswehren, sondern durch die Angriffe des Kiewer Regimes.

Der WD bezieht sich bei der Abspaltung des Donezker und Lugansker Gebiets auf die Entkolonialisierung, bei der in Ausnahmefällen das Abspalten nur anerkannt wird, wenn das Verbleiben im Staatsverband nicht zumutbar ist aufgrund völkermörderischer Zustände sowie Vertreibungen oder Menschenrechtsverletzungen schwersten Ausmaßes.

Oh, Menschenrechtsverletzungen schwersten Ausmaßes? Ist das nicht der Völkermord?

Aber es gab ja seitens des Kiewer Regimes weitere Menschenrechtsverletzungen. Es wurden den Menschen in Donezk und Lugansk die russische Muttersprache in der Öffentlichkeit genommen. Dabei bezieht sich der WD nochmals auf die drei Staatselemente und meint, dass von den dortigen Menschen kein Gebiet voll beherrscht werde und es außerdem keine Staatsvölker gäbe, somit eine Staatsbildung nicht möglich wäre. Der WD meint, dass es kein eigenständiges also russisches bzw. ukrainisches Volk in Donezk und Lugansk gäbe. Ein ukrainisches Volk, das auf drei Putschen (1917;1991 & 2014) entstand und damit fraglich ist, ob es tatsächlich ein ukrainisches Volk gibt oder es einzig ein Gesamt-russisches Staatsvolk mit lokalen Unterschieden wie z. B. in der Neu BRiD es die Sorben gibt, die ihre eigene Sprache auch in öffentlichen Schulen pflegen dürfen, wo es Dänen gibt, denen als solche Minderheit sogar in Parlamenten Plätze reserviert werden usw. Das alles wird aber den Menschen, deren Muttersprache russisch ist, in der heutigen Ukraine vom Kiewer Regime verwehrt, was klar gegen den Art. 55 der UN Charta und den beiden

Menschenrechtspakten verstößt und es somit sehr wohl berechtigt ist, dass das russische Volk den Brüdern in Not zu Hilfe kommt, was letztendlich nichts anderes als das im Art. 51 UN Charta verankerte Selbstverteidigungsrecht beinhaltet, „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der bei den ständigen Mitgliedern USA, GB und FRA führt und diese Staaten nach wie vor über die Macht des Geldes beherrscht werden und somit nicht dem multilateralen Grundgedanken, sondern der unilateralen Ideologie der regelbasierten Ordnung unterworfen sind.

Genau in diesem Bezug kommt der WD auf das Urteil des IGH zwecks des Kosovo und den Begriff „remedial secession“. Man glaube nicht, dass der WD sich sein Wissen alles selbst aus den Fingern saugt, denn er hat wichtige Berater wie z. B. den 3 x G Richter Paulus, der wegen der Klärung einer rechtlichen Abspaltung beim WD einen Vortrag gehalten hat.

„Paulus wies in seinem Vortrag darüber hinaus auf eine moderne Tendenz hin, die beim Zerfall Jugoslawiens entstand: die „remedial secession“ in Fällen der krassen Diskriminierung oder Unterdrückung eines Bevölkerungsteils – also eine „Abhilfe-Sezession“ bzw. die „Sezession als Notwehrrecht“ für die unterdrückte Gruppe. Grundlage für diese Ansicht ist Prinzip V Abs. 7 der Friendly-Relations-Declaration der UN-Generalversammlung:“

Eine krasse Unterdrückung eines Bevölkerungsteils, der im ehemaligen Jugoslawien vom Westen entfesselt wurde und der Völkermord durch die Serben mehr oder weniger erstunken und erlogen war, denn diese haben ihr Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch genommen. Leider gab es dabei ohne Zweifel auch eine Überanspruchnahme der Selbstverteidigung der Serben, aber nicht wie in dem Maße, den der Westen als Begründung für seinen Krieg des Jahres 1999 zur Rechtfertigung in Anspruch nahm. Besonders hervor tat sich dabei der diplomierte Steinewerfer und damalige Außenchef der BRiD, der Fischer, der die Verbrechen, die in Auschwitz geschahen, nutzte, wie es ihm gerade recht war und für dieses Nutzen 2002 einen Ehrendokortitel der Universität Haifa einheimste.

Dessen damaliger Chef und heutige Altkanzler Schröder hat aber seit langem den Völkerrechtsbruch in diesem Krieg eingestanden, worüber ein Prof., besonders geschult in Politik und öffentlichen Recht, der für die Linken im Bundestag hockte, bei einem Gespräch ausführte. Und hier ist schon wieder der nächste Fettnapf aufgestellt, denn ein Prof. für Politik und öffentliches Recht im Bundestag, zeigt eigentlich ebenfalls schon wieder ein Paradoxon, eine seltsam gestaltete Vielfalt die es nicht ermöglicht aus dem geistigen Irrgarten herauszukommen.

2.2 Einen kleinen Blick in die seltsam gestaltete Vielfalt der westlichen Demokratie

Wieso ist denn die westliche Demokratie eine Vielfalt? Nun gut, wenn man den Begriff Demokratie so stehen lässt und sich dabei die Demokratie in Athen, die gerademal 50 Jahre um ca. 400 v. Chr. herrschte, oder auch die Demokratie in der alten Republik Rom, dann ist hier erst einmal die Frage zu stellen, in wie weit ein „demokratisches“ Volk, eben wie in Athen und im alten Rom, Sklaven halten kann. Ach ja, ich Dummerle, Sklaven sind ja keine Menschen, sondern waren damals schon rein rechtlich wie Sachen, also ein Pferdefuhrwerk oder ein Tier eingestuft. Der Sklave, ein Mensch, war Eigentum eines anderen Menschen, der wiederum mehr oder weniger Mensch bzw. Unmensch war.

So ein Wirrwarr aber auch.

Und was ist in der heutigen westlichen Demokratie, wo es anstatt Präsidenten Monarchen gibt, die

aber nur vordergründig auf der Bühne angeblich die Macht haben, dabei aber im Hintergrund die Macht des Geldes, die in den Händen der US Imperialisten steht. Ach ja, da gibt es ja auch Staaten, die tatsächlich einen Staatspräsidenten haben, wie die USA und Frankreich und dabei beide Mitglieder im ständigen Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sind. Das trifft aber auch auf Großbritannien als Monarchie zu. Deswegen möchte ich hier einmal versuchen kurz ein paar wenige solcher westlichen Demokratien besser auszuleuchten.

2.2.1 Großbritannien

Großbritannien als Parlamentarische Monarchie, also anstatt eines Staatspräsidenten einen Monarchen. Dieser Monarch ist aber auch das Oberhaupt der anderen Länder, die im britischen Commonwealth eingegliedert sind wie Kanada und Australien.

Verfassung - die Briten haben keine Verfassung, wie man es nicht nur im [DLF](#) erfahren kann; das Parlament besteht aus Parteien. Diese wiederum werden vom Volk gewählt, ähnlich wie in der BRiD. Der Monarch hat nichts weiter als wie in der BRiD den Grüßaugust zu geben und mit seinem goldenen Glanz gleich einer katholischen Putte das Volk zu blenden. Das Königshaus ist nicht die Krone, sondern die Krone ist der vertuschende Begriff für die Macht der Londoner City, was dann auch die Kronkolonien (z. B. Hongkong und Macao) bezeichnete, die nicht dem Königshaus, sondern der Londoner City gehörten.

Parlament – das wichtige ist das Unterhaus, in dem die Parteien sitzen, angeführt durch die zwei stärksten, die Tories und die Labor Party, die sich die Macht abwechselnd in die Hand geben, auch ähnlich wie in der BRiD, denn es geschieht letztendlich kein grundlegender Politikwechsel, sondern der Machtwechsel wird zur Täuschung des Volkes genutzt.

Volksabstimmungen – in GB gibt es im Gegensatz zur BRiD (außer in den einzelnen Ländern) Volksabstimmungen.

Eine Volksabstimmung zum Beitritt in die Nato 1949 und dort sogar als Gründungsmitglied gab es nicht. Eine Volksabstimmung zum Eintritt ins neue Reich EU gab es nicht, denn das hätte eine Zustimmung zum Maastricht- bzw. Lissabonvertrag bedurft. Komischerweise gab es aber eine Volksabstimmung zum Austritt aus dem neuen Reich/EU. Wahrscheinlich hat man mit der Zustimmung des Volkes des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Gemeinschaft aus dem Jahr 1975 auch die Zustimmung zum neuen Reich genommen.

2.2.2 Frankreich

Frankreich eine präsidiale parlamentarische Gesellschaft. Das bedeutet, einen Staatspräsidenten, der vom Volk gewählt wird und ein Parlament bestehend aus Parteien, die ebenfalls vom Volk gewählt werden.

Verfassung – nach dem 2. Weltkrieg und die daraus entstehende 5. Republik wurde mit einer Verfassung rechtsstaatlich organisiert. Die Verfassung wurde am [28.9.1958 vom Volk per](#)

Volksabstimmung in Kraft gesetzt.

Parlament – da schauen wir doch für ein besseres Verständnis unmittelbar auf die [Seite des französischen Senats](#).

Volksabstimmung – die Volksabstimmung gibt es ohne Zweifel in Frankreich, denn ansonsten hätte die Verfassung vom Volk nicht in Kraft gesetzt werden können. ebenso werden die Änderungen der Verfassung über Volksabstimmungen getätigt. Ganz im Gegensatz die BRiD, wo es auf Bundesebene keine Volksabstimmungen gibt und damit ein Beweis zum [nicht stattgefundenen verfassungsgebenden Kraftakt](#) des deutschen Volkes, der so blumig in der Präambel steht, darstellt.

Gab es in Frankreich eine Volksabstimmung zum Beitritt in die Nato? **Nein!**

Der Beitritt erfolgte wie der von Großbritannien im Zuge der Nato Gründung von 1949 und entsprechende Macht der US Imperialisten. Charles de Gaulle war der Bevormundung durch dem USI leid und hat [1966 die aktive Mitgliedschaft in der Nato beendet](#) und diese Organisation komplett aus Frankreich verwiesen. Dadurch ist der Hauptsitz der Nato, der sich einst in Paris befand, nach Brüssel verlegt, wo er noch heute ist.

Erst Sarkozy als Präsident hat Frankreich wieder in die Nato zurückgeführt, um an der Zerstörung Libyens, insbesondere der Ermordung Gaddafis teilnehmen zu können, um seine Korruption zu vertuschen, da Gaddafi ihm den Wahlkampf finanzierte. Seitdem streitet der Franz wieder für den USI, was auch der Goldman Sachs Sonnyboy, die Macrone, trotz seiner teilweisen Kritiken, am Laufen hält.

Eine Volksabstimmung zum Beitritt in das neue Reich/EU gab es in Frankreich. Die wurde aber in Bezug auf den Maastrichtvertrag mehrheitlich mit einem „[Nein](#)“ zum Beitritt bedacht. Daraufhin, weil auch das Volk der Niederlande einen Beitritt [ablehnte](#), wurde der Maastrichtvertrag ad acta gelegt und später fast unverändert als Lissabonvertrag weder aus der Schublade geholt. Dazu aber durften die Franzosen nicht mehr abstimmen.

2.2.3 Finnland

Finnland ist ein präsidentialer Staat, ähnlich wie Frankreich.

Wegen der **Verfassung** bitte ich doch [bei den Finnen selbst nachzulesen](#).

Um nicht durcheinander zu kommen, ist mir jedenfalls aufgefallen, dass die Finnen selbst ihre Verfassung nicht in Kraft gesetzt haben, sondern dies durch das Parlament getätigt wurde. Die Verfassung zeigt dann aber klar auf, dass Volksbefragungen stattfinden können, so zumindest die Verfassung von 1999.

Der EU Beitritt Finnlands fand im Jahr 1995 statt, eigentlich wiederum eine seltsame Vielfalt des Wirrwarrs, denn der Beitritt soll angeblich zum Maastrichtvertrag stattgefunden haben, der aber bekanntlicherweise nicht in Kraft gesetzt wurde, sondern erst später durch den Lissabonvertrag ersetzt wurde. Was ist dann der Beitritt zum neuen Reich/EU 1995 wert? Völkerrechtlich rein gar nichts, umso mehr auch hier wieder einmal eine Volksabstimmung zum Beitritt sehr fraglich ist, obwohl diese neuerdings in Wikipedia mit Datum vom 16.10.1994 angegeben wird. es wird wohl eher nicht das Volk gewesen sein, sondern nur das Parlament, also die Parteien. Genauso sieht es mit der Volksabstimmung zum Nato Beitritt aus, der nun in nächster Zeit erfolgen soll. Es gab keine

Volksbefragung, sondern einzig den Beschluss des Parlaments, also der Parteien.

2.2.4 Schweden

Oh je, Schweden eine parlamentarische Monarchie, ähnlich wie die in Großbritannien. Hier müssen wir bis in das Jahr 1818 zurückgehen. Da wurde der Franzose Bernadotte zum König gemacht. Dieser ehemalige erfolgreiche Marschall unter Napoleon hat sich mit diesem zwar 1809 zerstritten, wurde aber trotzdem wegen seiner militärischen Erfolge vom „Kaiser“ Napoleon zum Fürsten gemacht, so dass er 1810 vom kinderlosen schwedischen König adoptiert werden konnte. aus dieser Geschichte heraus wird dann klar, dass Bernadotte sich als schwedischer Königssohn gegen Napoleon stellen musste und seine militärischen Künste für den Sieg gegen Napoleon einsetzte. Keiner soll glauben, dass hinter dem ganzen Aufstieg von Bernadotte die damals bereits von den Illuminaten unterwanderte Freimaurerei stand. So ist dann auch das vorherige Königshaus und erst recht das schwedische Königshaus seit Bernadotte in der hohen Freimaurerei verbandelt und konnte daher als Monarchie genau wie die britische oder all die anderen Monarchien, die noch bestehen, überleben. All die Monarchien, die nicht zur illuminatischen Freimaurerei passten, durften aber verschwinden.

Verfassung - die Verfassung baut sich auf vier Grundgesetze auf und werden vom Parlament in Kraft gesetzt, ähnlich wie in Großbritannien. Eines der Grundgesetze geht davon aus, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeübt wird, letztendlich aber wie in der BRiD vom Parteigesteuertem Parlament „gehändelt“. So wird auch klar, dass Schweden ebenfalls wie Finnland im Januar 1995 in das neue Reich gepresst wurde ohne das Volk zu befragen. Genauso oder vielleicht noch schlimmer sieht es in bezug auf die Nato aus. Diesem Beitritt hat dann noch nicht einmal das Parlament beschlossen, sondern der [Außenminister angeordnet](#). Gegen diese Anordnung tritt nun die schwedische Linke ins Feld und [verlangt eine Volksbefragung](#).

2.2.5 Vatikan

Was will ich mit dem Vatikan, wenn es doch um Demokratien geht?

Es braucht den Vatikan als Staat in diesem Reigen, weil auch dieser ein sog. Völkerrechtssubjekt ist. Aber dazu im „Versuch des Überblicks“ noch mehr.

Der Vatikan ist seit der Säkularisierung auch in Italien eigentlich ohne Macht, die er erst mit dem Gebietserwerb 1929 wieder erlangte. Ja, die Katholiken waren schon immer um ihre Macht besorgt und haben dafür mit Mussolini paktiert, der ihnen das Gebiet für den Vatikanstaat zugestand. Dazu kann man im „[Spiegel](#)“ etwas mehr lesen. Über eine Volksbefragung in diesem Staat wird man mich wohl hoffentlich nicht befragen. Auch zu einem Nato- und EU Beitritt braucht hier nicht gefragt werden, umso mehr diese Beitritte in aller leisetretender Scheinheiligkeit hinter den Kulissen mit der Unterwanderung der Vatikanbank durch die illuminatische Freimaurerei längst geschehen ist.

2.3 Versuch des Überblicks

Woher stammt die Kompetenz/Zuständigkeit des Wissenschaftlichen Dienstes? Welche Leute stehen dafür ein?

Man findet dazu nicht allzu viel, außer dass Leut Heinen als DR. des katholischen Aberglaubens den Dienst seit 2011 mit 65 Mitarbeitern leitet.

Auf der Seite des WD kann man folgend finden: „Die Wissenschaftlichen Dienste arbeiten parteipolitisch neutral und sachlich objektiv.“

Aha, da haben wir es, sachlich neutral und objektiv, um den Aberglauben des „schönen Scheins der Demokratie“ der Bewohner des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten.

Das ist alles nicht so einfach, wenn dem einzelnen Mensch das Wissen darüber fehlt und umso mehr, die Menschen vermeinen, dass die Leut in der heutigen hohen deutschen Politik doch die Wahrheit vertreten würden.

Und genau hier kommen wir wieder zum Begriff Demokratie, der in der westlichen Welt nicht Volksherrschaft, sondern **Volksbeherrschung** bedeutet. Genau diese „Demokratie“ versucht der WD mit promovierter augendienender akademischer Geschicklichkeit zu unterstützen.

Schaut man in die Punkte 2.2.1 bis 2.2.4 erkennt man, dass die vermeintlichen Demokratien letztendlich nicht im geringsten vom Volk beherrscht werden, sondern im Auftrag der Herren, von den Parteien, die an den Strippen der Herren tanzen. Das kann erreicht werden, weil die verschiedenen Wahlsysteme so aufgebaut sind, dass die Zuwählenden nicht vom Volk bestimmt werden, sondern diese von den Herren ausgesucht, dem Volk vor die Nase gesetzt werden. In der BRiD kann man es daran erkennen, dass die Kandidaten ihre Listenplätze von der Partei bekommen, dass aber gerade über diese Listenplätze nicht die gesamte Partei abstimmt, sondern von der Führung zugeteilt werden. Es wird also keiner in die nähere Auswahl kommen, der nicht den Ansprüchen der Führung dem Willen der Herren entspricht. Und wenn er diesen Willen in seinem Vasallendienst nicht entsprechend gut bewältigt, bekommt er das nächste Mal keinen Platz mehr am Futtertrog zugeteilt. Der Wähler hingegen hat keinerlei Einfluss auf die Tätigkeit des Gewählten und der Gewählte ist dem Wähler keine Rechenschaft schuldig für seine Tätigkeit.

Die Parteien sind dazu lt. [§ 37 Parteiengesetz](#) zivilrechtlich nicht haftungspflichtig für ihr Tun, können also nicht belangt werden, wenn sie nicht zum Wohle des Volkes, sondern zu dessen Schaden arbeiten. Auch strafrechtlich ist das inzwischen mit [§ 129 Abs3 STGB](#) geregelt, denn erst wenn das 3 x G meint, es wäre strafbar, was jene als Abgeordnete angestellt haben, dann wird es für diese eng. Eng aber nur, weil die Richter des 3 x G von den Parteien in ihre Stellung gehievt werden, die Parteien um an die Macht zu kommen, den Willen der Herren des deutschen Volkes zu erfüllen haben, und deren Nutzen letztendlich verletzt ist.

Aber Schluss hier mit diesem Wirrwarr, der nur durchschaut werden kann, wenn man es denn will, sich entsprechendes reines Wissen/Wahrheit anzueignen.

Diese volksbeherrschenden, also „demokratischen“ Staaten, so auch der Vatikan, sind letztendlich Völkerrechtssubjekte. Zu diesen Staaten gehören aber auch tatsächlich volksherrschaftliche Staaten wie Russland, China, Kuba, Bolivien u.v.a.

Somit bedeutet, dass ein solches Staatsvolk, denn in einer solchen Volksherrschaft ist der einzelne Mensch in der Gesamtheit der Staatsangehörigen der Staat, ein Völkerrechtssubjekt. Ein Völkerrechtssubjekt, das dann vor dem IGH oder vor dem ISTGH berechtigt ist, seine Anträge bzw. Klagen einzulegen. Ich meine, dass genau ein solches Völkerrechtssubjekt gemeint ist, dass nach den Art. 1 der beiden Menschenrechtspakte das Recht auf Selbstbestimmung hat. Das würde bedeuten, dass ein sorbisches Volk oder auch die Mitglieder des dänischen Volks in der BRiD keine entsprechenden Staatsvölker sind und somit letztendlich das entsprechende Selbstbestimmungsrecht, z. B. für eine Abspaltung, nicht haben. Die Rechte solcher Völker sind in den Staatsverfassungen einzubinden und aus dieser heraus gültiges einzuhaltendes Recht für den Staat, weil die Mehrheit des Volkes die Verfassung in Kraft gesetzt hat. Das entspricht dem

Mehrheitswillen, auch als multilateral zu bezeichnen.

So sieht es im Staatlichen aus. So sieht es aber auch ähnlich im Überstaatlichen aus, müsste es jedenfalls.

Die UN Charta ist genau auf diesem Recht aufgebaut, dem Gleichheitssatz des Einzelnen gegenüber dem anderen und die daraus entsprechende Rechte und Pflichten.

Das ist ganz anders in der Nato und in der EU.

Wenn dort die Sprache von der Notwendigkeit einstimmiger Beschlüsse ist, so gilt es zwar für die einzelnen Mitglieder, aber nicht den Herren, dem diese Mitglieder unterworfen. So gibt es zwar den Generalsekretär der Nato, dem aber der [US Oberbefehlshaber](#) übergeordnet ist.

Ähnlich ist es im neuen Reich/EU. Da gibt es das Parlament, das letztendlich nur eine Alibiveranstaltung ist, denn wenn die einzelnen Kommissare, in einer Staatsregierung als Minister bezeichnet, etwas anordnen, kann zwar das Parlament noch Unmut äußern, hat aber letztendlich keine Möglichkeit die Anordnung eines Kommissars abzubügeln.

Genauso ist es mit dem Chef der Kommissare, dem Kommissionspräsidenten, der wieder einmal in der Art der westlichen Demokratie, also Volksbeherrschung aus dem Hut gezaubert wurde. Weder von den Menschen, die das Parlament in die Stellung gehievt haben, noch vom Parlament und auch nicht von den Kommissaren wurde Leut Leyen in seine Stellung gehievt. Als Marketenderin des bundesdeutschen Söldnerheers hat sie ihren Karren einfach im Hinterhof stehen gelassen und tauchte über verschwommene Kanäle auf dem Thron des neuen Reichs auf. Nach „Enterprice“ Art könnte man meinen, dieses Leut wurde aus dem Hinterhof auf den Thron gebeamt. Diese Beamerei in seiner Gänze wird in der Welt solange weiter funktionieren, solange die selbsternannten Herren weiter die Macht über das Geld behalten können.

Wie gesagt ist die Meinung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker meine ganz eigene und im verbindlichen Völkerrecht leider noch nicht geregelt.

„Das schwache Gedächtnis der Menschen, ihre Liebe zur Übertreibung und ihre träge Sorglosigkeit sind die Gründe, die wenn sie nicht durch Bücher und Schriftstücke korrigiert werden, die Darstellung historischer Ereignisse bald entstellen. Denn Argumente und Schlussfolgerungen haben hier geringen oder gar keinen Einfluss und können die Wahrheit niemals wieder zurückbringen, die aus jenen Erzählungen einmal entwichen ist. So nimmt man auch an, dass die Sagen von Herkules, Theseus und Bacchus ursprünglich auf einer wahren Geschichte beruhten, die durch die Überlieferung verfälscht worden ist. Hinsichtlich der spekulativen Meinungen liegt der Fall jedoch ganz anders. Wenn diese Meinungen auf so klaren und einleuchtende Argumente gegründet sind, dass sie der Mehrheit der Menschen zu überzeugen vermögen, dann werden dieselben Argumente, die jene Meinungen zuerst verbreiteten, sie auch in ihrer ursprünglichen Reinheit erhalten. Wenn die Argumente jedoch nur schwer verständlich sind und das gewöhnliche Auffassungsvermögen übersteigen, dann werden die Meinungen stets auf wenige Personen beschränkt sein. Und sobald man sich von der Betrachtung der Argumente abwendet, werden die Meinungen sofort verloren gehen und in Vergessenheit geraten.“

[Aus „die Naturgeschichte der Religionen“ von David Hume (1711-1776)]

3. Sammelsurium

Als [gediegener](#) Reichs- und Staatsangehöriger, wie meiner eins sich bezeichnet, lässt man die

Finger vom hirnerstörenden Mainstream. Man informiert sich bei tatsächlichen Alternativen der Wahrheit verpflichteten Seiten. Seiten wie z. B. „[Lübeck kunterbunt](#)“, die zwar aus berechtigten altersbedingten Gründen nicht mehr erneuert wird, jedoch nach wie vor im Netz zu finden ist und die aus jahrelanger Arbeit heraus aufgedeckten Wahrheiten weiter einsehen zu können.

Seiten wie auch „[heise/telepolis](#)“, wie „[AG Friedensforschung](#)“, die ebenfalls nur noch als Archiv besteht und die nach wie vor regelmäßig betriebene Seite „[Sicht vom Hochblauen](#)“ und viele andere mehr, bis hin zu den vielen ausländischen Seiten, für die, wenn notwendig, man teilweise die Übersetzungsmaschine nutzen kann. Hier möchte ich nur „[amerika21](#)“ und die nach wie vor zwar verdrängt versuchte, doch immer wieder zu findende Seite von [RT deutsch](#) hinweisen.

Gerade bei RT deutsch findet man immer wieder Stolpersteine, die einem doch wieder das eine oder andere Mal veranlassen, im Mainstream nachzuschauen, ob es denn der Wahrheit entspricht, was man dort lesen kann. Wie zum Hohn erfährt man beim Nachprüfen, dass bei RT deutsch trotz aller Versuche des Mainstreams, RT deutsch Lug und trug zu unterstellen, diese Seite die Wahrheit verlauten lässt. Wahrheit, die den Volksbeherrschern ganz und gar nicht schmeckt.

So konnte man bei [RT deutsch](#) erfahren, dass der Bundeswahlleiter Leut Thiel, eine teilweise Neuwahl zur Bundestagswahl im Jahr 2021 zumindest in Berlin vonnöten hält.

Was dann in der „[Berliner Zeitung](#)“ entsprechend nachvollzogen werden kann. So kann man dort z. B. erfahren, dass er vom Bundestagswahlausschuss angehört wurde und von einem „kompletten systematischen Versagen der Wahlorganisation“ gesprochen hat. Schon bemerkenswert, dass Leut Thiel gehört wurde. Ein [Einspruch über die gesamte fragwürdige Abhaltung der Wahl](#), der vom Ausschuss der Bundeswahlkommission angenommen wurde, bis dato aber kein weiteres Gehör fand. Ein Einspruch, der die ganze Bundestagswahl zur Null und Nichtigkeit verurteilen würde. Dazu aber würde es einen [starken Michel](#) bedürfen, der diese Wahrheit [durchsetzt](#).

So kann man nun inzwischen erleben, wie ich es im letzten Sonntagswort vom 22.5.2022 aufzeigte, dass man an der kurzfristig zum Wahlsieg hochpropagierten SPD herumfliekt, um diese wieder in den Hintergrund zu drängen, dafür aber nach erfolgreichem Wiederkommen von Leut Merz die CDU nach oben puscht. Dazu werden die olivgrünen mithochgezogen und die FDP verdrängt, so dass sich in den letzten zwei Landtagswahlen (Schleswig Holstein und NRW diese zwei Parteien unter Merz und Baerbock wieder in den politischen Himmel gehoben fühlen.

Ist man besonders hartnäckig gegen Scholz, Faeser und Lambrecht, so war bisher Leut Lauterbach als Krankheitsökonom noch außen vor. Dazu wieder ein [Stolperstein bei RT deutsch](#). Dort wird gefragt, was los wäre beim ZDF, ob Querdenken wieder erlaubt wäre?

Und ja, RT liefert gleich die Adresse für den entsprechenden ZDF Beitrag mit. So kommt man also wieder einmal in den Versuch ohne den Beitrag zu zahlen, beim ZDF vorbeizuschauen. Und tatsächlich bei „[Berlin direkt](#)“ bekommt man ein paar Thesen um die Ohren gehauen, die es in sich haben. Um den unlauteren Bach geht es ab der 14. Minute; aber auch vorher ist sehr beachtlich, denn da geht es um die FDP und ihren Lindner, der ja beim zukünftigen schwarz/grün auch nicht mehr gebraucht wird. Herr Mirko Lehmann ist sehr zaghaft, wenn er fragt, ob Querdenken wieder erlaubt wäre. Meinereiner als rotziger Querulant fragt sich, ob hier das ZDF sich nicht zu rechtsextremen Reichsbürgern und damit zu Antisemiten „entwickelt“? Was kommt als Nächstes, evtl. die Holocaustleugnung vom ZDF?

Schwarz/grün im Aufwind, aber bei den Landtagswahlen mit Einbruch bei der Wahlbeteiligung. Knappe 56% waren in NRW zur Wahl, davon haben 35,7 % CDU gewählt und dazu 18,2 % die Grünen. Das sind zusammen 53,9%. Das sind 54% um es rund zu machen und 56% Wahlbeteiligung; das sind dann ca. 26% aller Wahlberechtigten, die diese beiden Parteien in ihre Stellung gebracht haben. Das bezeichnen sie dann als absolute Mehrheit. Und mit dieser absoluten

Mehrheit von gerade mal einem Viertel werden dann die Menschen beherrscht. Da NRW ja stets einen Ausblick auf die Bundestagswahl gibt, ist zu erwarten, was geschieht, wenn der Scholz vielleicht noch dieses Jahr wie einst Brandt und Schmidt abgeschossen wird. Da wird wahrscheinlich auch keine Rochade a la Schröder helfen, die SPD an der Macht zu halten, weil der Michel sich a la George Orwell (1984) beherrschen lassen will, da er sich als Sklave wahrscheinlich wohler fühlt. Und nein, nicht versklavt, sondern selbstversklavt und alles nur, weil man die Pflicht nicht erfüllen will, die einem die Rechte aufgeben. So z. B: die Pflicht zur Schaffung einer wahrhaften und vom Volk tatsächlich in kraft gesetzten Verfassung, um mit dieser auch die Wahlpflicht festzuschreiben, damit ein entsprechender Prozentsatz der Mehrheit zustande kommt, um das Volk regieren zu können, was letztendlich vor allem auch eine wirkliche unmittelbare Wahl unabdingbar macht.

Nochmal kurz zurück zur Marketenderin, auch diese ist auf ihrem Besen beim Gipfel erschienen. Dort [schwelgt](#) sie davon, das „eingefrorene Geld“ der Russen ganz und gar zu rauben und es der Ukraine zuzuschustern. Tatsächlich traut sich das herzallerliebste Weib zu verneinen, dass Russland Getreide und Energie [als Waffe](#) nutze. Ja was denkt sich dieses Weib überhaupt? Behauptet doch der vereinte Westen, dass wegen Putin neue Hungersnöte drohen würden. Hungersnöte, die seit eh und je durch Kolonialisierung und Kriegstreiberei des Westens alltäglich sind und inzwischen in den [gülden Westen zurückschlägt](#). Das interessiert sie nicht! Jetzt aber hat man ja zu wenig Dünger um Felder ertragreich bestellen zu können, Dünger aus Russland und Weißrussland, der wegen der westlichen Sanktionen von dort nicht in die Länder ausgeführt werden kann, die die westlichen Sanktionen mitmachen. Die westlichen Länder, die ihr Erdgas nicht bezahlen, was aus Russland kommt und deswegen nicht mehr beliefert werden. Eine Schweinerei von Putin, „sein“ Gas nicht umsonst herauszurücken. Und deswegen wird es Zeit, wie sie meint: *"Wir mobilisieren unsere gesamte wirtschaftliche Macht",... "die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen."* Die Ukraine als Kornkammer bezeichnet, ist für die Welternährung unbedingt notwendig, weil man ja dafür sorgt, dass ansonsten vor allem in Afrika die Landwirtschaft zum Erliegen gebracht wird. es geht auch hier wieder nicht um die hungernden Menschen, sondern um den Profit, den man aus dem Hunger herauschlagen kann. Um diesen zu verstecken werden dann einfach Krokodilstränen gedrückt und schon sieht die Welt wieder menschenfreundlich aus, zumindest aus den Augen des Westens heraus. Putin, der Aggressor hat die ukrainischen Häfen zerbombt, so dass diese nicht mehr in der Lage sind Weizen in die Welt zu schaffen.

Außerdem werden die Häfen von den Russen blockiert und Transportschiffe bombardiert. Welch eine boshafte Lügnerie, die die [Deutsche Welle](#) bis weit in den Mai weiter aufrechterhält. Inzwischen ist sogar bei der DW hinten in der Ecke zu lesen, dass die Häfen vermint sind. Ja wer hat denn diese vermint? Die Russen? Da schauen wir doch einmal in die [Agrarzeitung](#), genau zwei Monate früher schreibt diese, dass das Kiewer Regime die Häfen vermint hat. Auf wen bezieht sich die Agrarzeitung? Man glaubt es kaum; auf Leut Scannel von der EU Kommission! So wird nach und nach die ganze Wahrheit auf den Tisch kommen!

Wer das Theater in Mariupol zerstört hat! Wer die Toten in Butscha, die fotografiert wurden, zu verantworten hat! Wer die Städte zerstört hat! und welche faschistische Gräueltaten die Asowtruppen verübten! Warum aber der Michel mit einer wahrhaften und vom Volk tatsächlich in kraft gesetzten Verfassung den Hebel nicht schon lange von Krieg auf Frieden gelegt hat, bleibt mir nach wie vor fraglich.

So umerzogen, so verblödet kann doch gar kein Mensch/kein Volk sein, oder?

Sind nicht einst auch die Deutschen mit der Maria Mancini im Maul nach Davos gezogen?

Davos, wo einst auf dem Zauberberg der dekadente Geist Lungenkranker hauste; Davos, wo heute auf dem Gipfel der [dekadente Geist Hirnkranker](#) haust. Einst haben auf dem Zauberberg Auserwählte das große Geld gescheffelt. Heute auf dem Gipfel erbeuten Auserwählte den Auserwählten riesige Profite. Es braucht nicht den Zauberlehrling, sondern einen herangewachsenen, also weisen Zauberer, um den Wasserträgern Einhalt zu gebieten. ...

Herangewachsener Zauberer, der einzelne Mensch im Zusammenhalt mit den anderen eines selbstbewussten und eigenverantwortlichen Volkes.

„Ein moralisches Gesetz, zu dessen ersten Geboten es freilich zählt, die altersschwachen hohe Priester der neuen Heilslehre zu ernähren und zu beschützen. Dieser Herdentrieb, dieser unaufhörliche Drang nach Geborgenheit bleibt eines der großen mentalen Mysterien der Engerlingsmenschen. Von Geburt aus totgeweiht kennen sie kein höheres Ziel als zwischenmenschliche Nähe und soziale Sicherheit. Sie ringen beharrlich darum, verzweifelter oft als um Gesundheit oder Leben. Mit der kurzen Zeit, die ihnen bleibt, spinnen sie erstaunlich filigrane unentwirrbare Netze aus emotionalen Beziehungen und Abhängigkeiten und sie scheinen nichts lieber zu tun als sich selbst darin zu verstricken. So legen sie sich aus freien Stücken die Fußfesseln der Nächstenliebe an, um nicht vom jenem engen Pfad abzukommen, den sie den rechten Weg nennen und der schon deshalb so [ausgetreten](#), so [unfruchtbar](#) ist, weil er sie immer nur im [Kreis](#) führt.“

[aus „Lemmings Himmelfahrt“ von Stefan Slupetzky]

Deine Scheckkarte Michel ausgetreten und unfruchtbar, wohl doch nicht besser als Bargeld, denn sagt man nicht „[nur Bares ist Wahres](#)“? Nimm sie, [stopf sie dir in den Rachen](#), dann sparst du dir das murmeltierartige allwöchentliche Plastik, mit der du und die anderen die Umwelt verschmutzen. Oh freilich, Michel, tausende Milliarden für den vermaledeiten Klimaschutz wirfst du nicht mit Händen zum Fenster, sondern mit Bulldozern zum Tore hinaus, anstatt einfach nur HAARP abzuschalten und Geoengineering einzustellen. Denn die beiden letzteren würden dir die Taschen füllen und nicht wie der vermaledeite Klimaschutz leeren. Klimaschutz statt Umweltschutz, deswegen das allgegenwärtige Plastikfressen um die Wette. Und alles nur, weil du das Hirn voll Aberglauben und Alu hast und nicht mehr selbstständig denken willst. Kein reines Wissen/Wahrheit darf dir zu nahekommen, darauf reagierst du allergisch wie de Böhmermanns Ziegenbock. Solltest du doch rot angelaufen vor Schamesröte nach Wahrheit schielen wollen, dann hast du oben im Text ein paar Adressen dazu.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)